

Staatspräsident Leo Wohleb als besonnener Partner und Kritiker der französischen Besatzungsmacht*

Im Rahmen einer deutsch-französischen Schulwoche weilte der Hohe Kommissar André François-Poncet¹ am 22. Mai 1951 in Freiburg. Bei einem Empfang der Staatsregierung im „Europäischen Hof“ spendete er dem Lande Baden und seinem Staatspräsidenten – wie einem Bericht des „Schwarzwälder Boten“ zu entnehmen ist – ein hohes Lob „für die Mäßigung, die Zurückhaltung und die Klugheit, die diese stets gezeigt hatten. Er lege besonderen Wert darauf, diese Wertschätzung für die geistigen und moralischen Errungenschaften des Staatspräsidenten Wohleb offen zu bekunden. Der Mut, den dieser an den Tag gelegt habe, verdiene unbedingte Achtung. (...) Wohleb gehöre übrigens nicht zu den Männern, die sich durch Lobsprüche eines Vertreters der Besatzungsmacht kompromittiert fühlen müssten, weil er nie etwas hinzunehmen brauchte, was für ihn Schande gewesen wäre, und weil er immer seine volle Würde aufrecht zu erhalten vermochte. In der Vergangenheit sei Baden ein Ferment der Freiheit gewesen; heute sei es eine Zelle politischer Weisheit“².

Es gab in Baden auch genug Zeitgenossen, die der Politik des Staatspräsidenten kritisch gegenüber standen, auch in seiner eigenen Partei. Bei seiner Wahl zum Präsidenten des Staatssekretariates am 2. Dezember 1946 enthielten sich die Sozialdemokraten und Kommunisten der Stimme. Sie waren mit 21 Stimmen gegenüber den 39 Sitzen der Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei (BCSV) in der Minderheit. Das hinderte sie jedoch nicht, Wohleb nach der Wahl „mit herzlichem Händeschütteln“ zu beglückwünschen, was von dessen Anhängerschaft, so hieß es, gar

nicht so gern gesehen wurde. „Seine bekannte Verhandlungsbereitschaft ließ vor der Wahl in der eigenen Partei Stimmen laut werden, die einen stärkeren Mann auf dem Präsidentensessel wünschten“³.

Wohleb, der sich als „Mann des Ausgleichs, verantwortlicher Sprecher des badischen Volkes gegenüber der Besatzungsmacht“ sah⁴, war davon überzeugt, dass ein harter Konfrontationskurs mit der Besatzungsmacht auf die Dauer nicht möglich und zum Scheitern verurteilt war. Sich dem Verdacht auszusetzen, „Handlanger der Besatzungsmacht“ zu sein, konnte jeden Minister im Kabinett Wohleb treffen, der sich an die Vorgaben der Besatzungsmacht hielt⁵.

Wohleb wusste um die undankbare Aufgabe, die er angesichts der Bedingungen äußerster Not und der Kontrolle der Besatzungsmacht übernommen hatte. Landtagspräsident Karl Person hat diese Aufgabe in seinem Schreiben anlässlich des 60. Geburtstags Leo Wohlebs als „Aufgabe des Aufräumens“ bezeichnet, „inmitten von Menschen, die nicht beachten, dass das Aufräumen die unerlässliche Vorbedingung jedes Aufbaus ist, die nicht ermessen können und wollen, dass das Vermeiden weiteren Einsturzes im Augenblick die einzige Handlungsfreiheit bedeutet“⁶.

VERKEHR MIT DER BESATZUNGSMACHT

Leo Wohleb war zu Beginn seiner politischen Laufbahn nicht der absolute Wunschpartner der Besatzungsmacht, die eine Neuordnung im deutschen Südwesten offensichtlich eher mit den Sozialdemokraten im Auge



Das Colombischloss 1950

hatte⁷. Aber die Franzosen waren Realpolitiker genug, um sich auf die neue Parteienlandschaft mit den darin sich abzeichnenden Mehrheitsverhältnissen einzustellen. Die mit Leo Wohleb gegründete BCSV wurde stärkste Partei, anfangs in einer Koalition, seit Anfang 1948 sogar allein regierend. Die in der Französischen Besatzungszone eingesetzten Regierungen, stellt der amerikanische Historiker Roy Willis fest, waren keineswegs „puppet governments“, und den Franzosen war es von Anbeginn gelungen, „to appoint qualified, reliable politicians and administrators who could work with the occupation regime and at the same time win the confidence of their own countrymen“⁸.

Wohleb passte zunehmend in dieses Bild, umso mehr, als seine Vorstellung von einem föderalen Staat dem französischen Sicherheitsbedürfnis sehr stark entgegen kam. Vertrauensbildend musste auch seine Nähe zur katholischen Kirche wirken, die an der kampflosen Übergabe von Städten und Gemeinden sowie an der Verhinderung von Sprengungen beteiligt war, und nicht selten waren es Pfarrer, die sich der Besatzungsmacht als Ansprechpartner und Berater von Ämterbesetzungen zur Verfügung stellten⁹. In Singen war anscheinend Pfarrer Adolf Engesser an der Einsetzung Bernhard Dietrichs in das Amt eines kommissarischen Bürgermeisters beteiligt¹⁰.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die Besatzungsmacht war die Haltung deutscher Politiker zum Nationalsozialismus. Leo Wohleb war im strengen Sinne kein Verfolgter

des Naziregimes, aber er wurde von der Staatsicherheit observiert und galt in deren Berichten als gefährlich für die nationalsozialistische Weltanschauung¹¹.

Wohleb wurde am 22. November 1946 Präsident der Beratenden Landesversammlung, am 2. Dezember 1946 Präsident des Staatssekretariats und Staatssekretär des Ministeriums des Kultus und Unterrichts und schließlich nach Ausarbeitung der Verfassung und Bildung einer Regierung am 24. Juni 1947 Staatspräsident und Kultusminister. Mit einer eindrucksvollen und richtungsweisenden Rede trat er als gewählter Präsident der Beratenden Versammlung im historischen Kaufhaussaal in Freiburg zum ersten Mal vor die Öffentlichkeit. In Anlehnung an das Spruchband aus dem Schongauerschen Weltgericht im Breisacher Münster schildert er die hoffnungslose Lage seiner Landsleute nach Kriegsende. Er spricht von den „himmelschreienden Sünden“ der Vergangenheit und beklagt sich über neu sich abzeichnendes Unrecht in der Stunde der Not und spart dabei die Militärregierung nicht aus. „Unrecht ist aber auch, wenn die Ablieferungspflicht durch eine übersteigerte Forderung gegen den ehrlichen, gut gesinnten Bauer sich wendet, der sein Mögliches tut, und Unrecht, wenn die für den Aufbau der Demokratie unumgängliche strenge Säuberung in nicht zu verstehende Härte ausartet und ohne rechtliches Gehör, obwohl die Zeit überreif wurde, der Mitläufer für das Unglück, das der Nationalsozialismus über uns gebracht hat, hauptverantwortlich gemacht wird“¹².

Angesichts der durch die Besatzungsmacht geschaffenen Rahmenbedingungen war den Mitgliedern der Beratenden Versammlung nur ein geringer Handlungsspielraum gegeben. Sie waren an Verhaltensregeln gebunden („la ligne de conduite“), die ihnen erlaubten, die deutschen Probleme frei zu diskutieren und Kommentare zur Politik der Alliierten abzugeben. Nicht erlaubt dagegen war ihnen, deren Entscheidungen zu diskutieren. Anträge einer Partei wurden erst dann zur Diskussion frei gegeben, wenn sie zuvor der Délégation Supérieure unterbreitet worden waren¹³. Abgeordnete der Beratenden Versammlung konnten Initiativanträge einbringen, deren Behandlung im Plenum der französischen Genehmigung

bedurften¹⁴. Auf Anordnung der Militärregierung vom 11. April 1947 wurde es den politischen Rednern untersagt, in öffentlichen Versammlungen Fragen zu behandeln, die die deutsche Einheit betreffen¹⁵. In einer Aktennotiz der Badischen Staatskanzlei vom 29. Mai 1947 heißt es: „Vor allem will man anscheinend vermeiden, dass badische Gemeinde- und Kreisbehörden direkt mit französischen Behörden in Frankreich und besonders im Elsaß oder den französischen Kolonien (z. B. in Ermittlungs-, Anweisungs- und Auswanderungsfragen) verkehren und sich über den Kopf des Gouvernment Militaire an Dienststellen anderer Besatzungsmächte wenden“¹⁶. In diesem Zusammenhang sind auch die Richtlinien für die Presse vom 7. Januar 1947 zu nennen. Sie verbieten Veröffentlichungen, die sich gegen die Interessen der Militärregierung richten, und nur Anträge durften Gegenstand einer Pressenotiz sein, nicht aber die Debatten der Beratenden Landesversammlung selbst¹⁷. Diese einschneidenden Bestimmungen wurden bezüglich ihrer Befolgung von der Militärregierung streng überwacht, so zum Beispiel, wenn Landtagspräsident Karl Person verpflichtet wird, nötigenfalls „surprendre immédiatement les débats“¹⁸.

Die folgenden Monate waren gekennzeichnet von dem Bemühen Wohlebs, die bescheidenen Möglichkeiten im Sinne einer Verbesserung der Beziehungen zur Besatzungsmacht zu nutzen. Seine Korrespondenz sowie die Gespräche mit der Militärregierung zeigen ihn dabei keineswegs nur als Befehlsempfänger. Er nimmt entgegen, überprüft, gibt eigene Anregungen bzw. übt Kritik. In einem Schreiben an den Délégué Supérieur Pierre Pène vom 8. Januar 1947 beispielsweise heißt es: „Der Herr Direktor der administrativen Angelegenheiten bei der Militärregierung des Landes Baden hat mir in Ihrem Auftrag die Weisung übermittelt, von den Sitzungen der Mitglieder des Staatssekretariats regelmäßig kurze Sitzungsberichte und Protokolle in deutsch und französisch vorzulegen. ... Ich möchte mir indes erlauben, Ihrer Erwägung anheim zu geben, ob sich nicht ermöglichen ließe, Ihre Anordnung zu modifizieren. Ich würde vorschlagen, dass wir Ihnen sowie den Herren Direktoren des Affaires Administratives

et de l'Economie et des Finances nur mehr einen Bericht über die Gegenstände übermitteln, die in den Kabinettsitzungen behandelt wurden, dass Sie uns daher davon entbinden, ein Protokoll vorzulegen“¹⁹.

In einem Schreiben der Militärregierung vom 15. Februar 1947 wird Klage über das Verhalten der deutschen Beamten geführt. Die meisten von ihnen würden sich passiv zeigen und wegen ihrer Schwierigkeiten bei der Militärregierung vorstellig werden; dabei sei es Pflicht der Beamten, Initiativen zu beweisen und zu wagen, Verantwortung zu übernehmen. Die Deutschen müssten selbst „den Beweis erbringen, dass sie fähig sind, in einer Demokratie zu leben“²⁰. Wohleb hebt hervor, dass die Vorwürfe „teilweise“ berechtigt seien. Auf der anderen Seite scheine ihm, dass die Militärregierung bei den gegen die Beamten erhobenen Vorwürfen die Schwierigkeiten nicht genügend berücksichtige, unter denen die Mehrzahl der Beamten arbeiten müsse, und er nimmt die Gelegenheit wahr, „um bei diesem Anlaß auch eine Auflockerung mancher hemmender Kontrollbestimmungen“ zu erbitten²¹.

Solche und ähnliche Beispiele häufen sich. Die Franzosen ermahnen, fordern die Einhaltung ihrer Anordnungen und die Beachtung ihrer Kompetenzen; Wohleb zeigt Verständnis, bittet aber auch um genauere Überprüfung der Sachverhalte, stellt klar und macht gegebenenfalls Gegenvorschläge. Eine Beschwerde der Militärregierung, dass ihre Direktiven an die Landratsämter und Bürgermeistereien nicht mit der gewünschten Beschleunigung weitergeleitet werden, beantwortet Wohleb mit der Bitte um konkretere Angaben, um überprüfen zu können, auf welchem Organisationsfehler die Verzögerung beruhe, um dann seinerseits konkrete Missstände aufzuzählen. Er beklagt den Mangel an geübten Arbeitskräften, die völlig unzureichende Ausrüstung der Dienststellen mit Schreibmaschinen und sonstigem Bürobedarf sowie die Kommunikationsschwierigkeiten im Post- und Telefonverkehr, so dass es „selbst bei gutem Willen bei den einzelnen Dienststellen unmöglich ist, mit derjenigen Schnelligkeit zu arbeiten, die die Wichtigkeit an sich erfordert“²². Bezüglich der angeforderten Vertraulichkeit weist er darauf hin, dass es unvermeidlich sei, in den Kabinettsitzungen auch

Maßnahmen und politische Auffassungen der Militärregierung zu erörtern. „Es ist ein Unterschied, ob man bei der Erörterung eines Problems im engsten Kreis des Regierungskollegiums sich frei aussprechen kann, oder ob man von vornherein sich der Tatsache bewusst ist, dass jede Äußerung in schriftlicher Formulierung der Militärregierung vorgelegt werden muss. Diese Verpflichtung erzeugt Hemmungen oder Zurückhaltungen, die sicherlich nicht im Interesse der Regierungsarbeit liegen und wohl auch in gewissem Sinne nicht mit dem Aufbau einer demokratischen Regierung zu vereinbaren sind“²³.

Die Dokumente solchen und ähnlichen Inhalts widerspiegeln das Ringen des Staatspräsidenten um eine Verbesserung der Regierungs- und Lebensbedingungen des Landes. Sie dokumentieren Takt im Umgang mit den Inhabern der Macht, zuweilen auch Mut; devot sind sie nie. Wohleb wollte nie das Wohlwollen der Militärregierung erheischen, aber er gewann zunehmend ihr Vertrauen über den Weg sachlicher Regierungsarbeit und durch seine Persönlichkeit. Die Franzosen wussten um seine Gegnerschaft in den eigenen Reihen und waren bereit, ihm als „l’homme des Français“ unnötige Schwierigkeiten zu ersparen²⁴. Langsam, sicherlich auch unter dem Einfluss der politischen Großwetterlage, stellten sich erste Erfolge ein²⁵.

Eduard Lais, Wirtschaftsminister in der Regierung Wohleb, erscheint das Leben mit der Besatzungsmacht zwischen 1945 bis 1952 „für alle Beteiligten wie ein jahrelanger Grabenkrieg, in welchem die Mitspieler auf beiden Seiten, die einen, was auf dem Papier verordnet wurde, möglichst buchstabengemäß durchzusetzen, die anderen möglichst abzuschwächen und zu mildern versuchen.“²⁶

DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT DER BESATZUNGSMACHT UM EINE BESSERE VERSORGUNG

„Not ist, wohin wir schauen; Ernährungsnot, Heizungsnot, Flüchtlingsnot, und so groß ist die Not, dass auch der gute Wille der Menschen allein nicht in der Lage ist, ihr abzu- helfen, wenn nicht Gottes Barmherzigkeit ihnen und uns beisteht und die Not wendet.“

Mit diesen Worten trat Wohleb am 24. Februar 1946 vor die Delegierten der BCSV²⁷. Sie charakterisieren die materielle Not eines Volkes, das ums Überleben kämpfte. Wohlebs Möglichkeiten, das Elend zu beseitigen, waren letztendlich nur marginal. Die Verordnung Nr. 5 vom 4. September 1945 stellte die gesamte Wirtschaft der Französischen Zone unter die Machtbefugnis der Militärregierung, deren Wirtschaftsstellen die Produktionsauf- lagen erteilten; sie gaben die Produktions- mengen frei und kontrollierten die Verteilung der Produkte. Immer wieder wurden Zwangs- maßnahmen gegen Bauern angedroht, die ihre Pflichtablieferung nicht erfüllten²⁸.

Die Ernährungskrise hatte, wie aus dem Lagebericht für den Monat März 1947 des Badischen Ministeriums des Innern vom 25. Mai 1947 zu ersehen ist, tiefgreifende Auswirkungen auf die Gesundheit und damit auf die Arbeits- fähigkeit der Menschen. „Die Gesamtlage auf gesundheitlichem Gebiet drückt sich weniger in den Zahlen der zur Meldung kommenden Krankheiten als vielmehr in der Zahl der Menschen aus, die jetzt die Wartezimmer der praktischen Ärzte füllen und bei welchen der Befund „Allgemeine Erschöpfung“ lautet (...)“²⁹. Diese Situation wurde von der Bevölkerung als unnötige Belastung empfunden und erzeugte Unzufriedenheit und Miss- stimmung³⁰. Mangelernährung führte neben gesundheitlichen Beeinträchtigungen auch zu psychischen Schäden, zu Aggressivität und Kriminalität³¹. Schlechte Lebensbedingungen, so befürchtete Wohleb, könnten die Bevöl- kerung bei den bevorstehenden Landtagswahlen und bei der Abstimmung über die Verfassung zur Wahlenthaltung anregen. Mit dieser Befürchtung im Nacken wendet er sich am 3. April 1947 an General Pène: „Die Provisorische Regierung glaubt mit Nachdruck darauf hin- weisen zu sollen, dass diese Empfindungen einer hungernden Bevölkerung ernste politi- sche Rückwirkungen haben müssen (...). Wenn die Dinge so weitergehen, muss damit gerech- net werden, dass bei dem Volksentscheid über die Verfassung und bei den Wahlen zu dem ersten Landtag noch nicht die Hälfte der Wahl- berechtigigten ihre Stimme abgeben werden“³².

Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung über ihre Versorgungslage begann in der Tat zu

eskalieren und lässt sich ablesen in den periodischen Lageberichten, die die Kreisverwaltungen und das Innenministerium an die Militärregierung zu erstellen hatten. Die Umlagen an Kartoffeln, Getreide und Vieh seien derart hoch, dass sie in den meisten Fällen nicht erfüllt werden könnten, und für die Bürgermeister sei es eine unvorstellbare Aufgabe, auf die Einhaltung der Abgabepflichten drängen zu müssen³³.

Um grobe Missliebigkeiten zu beseitigen, greift Wohleb auch persönlich in die Auseinandersetzung um die Kartoffelversorgung ein. Im Mai 1947 weist er darauf hin, „dass auf den badischen Bahnhöfen ca. 50 Waggons hochwertige Saatkartoffeln bereit stehen“ und er bittet die Militärregierung „ergebenst und dringend“ um die Genehmigung, diese im Verhältnis 1 Ztr. : 1 Ztr. umtauschen zu dürfen, „um zu verhindern, dass diese Saatkartoffeln zu Grunde gehen“³⁴.

Im Zusammenhang mit der Ernährungs-krise ist auf ein Memorandum von Carl Diez³⁵ einzugehen, den die Franzosen am 20. Februar 1946 als verantwortlichen Leiter für Landwirtschaft und Ernährung eingesetzt hatten, der aber bereits am 7. Juni 1946 mit einer ausführlichen Schilderung der Ernährungslage im französisch besetzten Baden seine Demission einreichte. Diez sah eine Katastrophe in der Versorgungslage der badischen Verbraucher und eine Ausdehnung des Schwarzen Marktes voraus³⁶. Da ihm die Entlassung nicht gewährt wurde, blieb er bis zu seinem zweiten Demissionsgesuch im November 1946 im Amt.

Die Hintergründe für diese Problematik sind bekannt und in der Literatur behandelt. Die Entnahmen der Franzosen in ihrer Zone standen in keinem Verhältnis zu den vergleichbaren Entnahmen der Engländer und Amerikaner aus ihren Besatzungszonen. Hinzu kam die Tatsache, dass in Südbaden die Zahl der Besatzungsangehörigen zur Zahl der deutschen Zivilangehörigen ungleich höher war als in den anderen Besatzungszonen. In Südbaden sollen auf 1000 Einwohner 18 Franzosen, in Nordbaden auf 1000 Einwohner dagegen nur 2 Amerikaner gekommen sein³⁷.

Diez verfasste eine ausführliche Denkschrift über die Versorgungslage, die er am 28. Oktober 1946 an den Leiter der Landesver-

waltung Alfred Bund für eine Kabinettsitzung übersandte³⁸. Hierin werden die deutschen Amtsstellen „als gefügte Werkzeuge der Militärregierung betrachtet, die widerspruchslos alle Forderungen hinnehmen, um ihren Stuhl keinem anderen zu überlassen“³⁹. Nach längeren Auseinandersetzungen mit der Militärregierung teilte Pène der Staatskanzlei mit, dass er das Rücktrittsgesuch von Diez angenommen habe und sparte dabei nicht mit heftigen Attacken gegen dessen Ministerium in puncto schwerwiegender Versäumnisse und organisatorischer Fehler auf den Gebieten der Ernährungswirtschaft. Diez zog sich gekränkt an den Bodensee zurück und verfasste dort am 10. Oktober 1953 ein Memorandum mit dem Titel „Feststellungen zur südbadischen Politik“, das er an mehrere prominente Politiker verschickte⁴⁰. Hierin wird Leo Wohleb als „zweilichtiger Staatsmann“ bezeichnet; der erste Versuch, im Rahmen des Möglichen der französischen Ausplünderungspolitik in Baden der Jahre 1945 bis 48 Widerstand entgegenzusetzen, sei an Wohlebs Haltung gescheitert, der jeden seiner Mitarbeiter fallen gelassen habe, so es die Franzosen wünschten⁴¹.

Die von Diez gegen Wohleb erhobenen Vorwürfe erinnern an Theodor Eschenburgs Urteil über den Badischen Staatspräsidenten⁴². Als Beweismaterial hierfür erweisen sie sich jedoch als untauglich. Martin Stingl weist auf das Spannungsverhältnis zwischen Diez und Wohleb aus der Zeit der Parteigründung der BCSV hin sowie auf die Tatsache, dass Wohleb Staatspräsident zu einem Zeitpunkt wurde, als Diez bereits demissioniert hatte⁴³.

Nach der Entlassung von Diez traten Anton Dichtel als Leiter des Staatskommissariats für Ernährung sowie Anton Hilbert als Staatssekretär des verkleinerten Landwirtschaftsministeriums an die Verwaltungsspitze. Die kontroverse Auseinandersetzung mit der Besatzungsmacht in Sachen Ernährungssituation ging auch unter ihnen weiter. Die Kontrahenten gingen unverändert von unterschiedlichen Schätzungen und Berechnungen aus. Bitten um Herabsetzung der Entnahmen für die Besatzungstruppen wurden abgelehnt, und es kam zu zwangsweisen Erfassungsmaßnahmen im Bereich der Kartoffelversorgung⁴⁴. Die Folge dieser Vorgehensweise war ein ge-

meinsames Entlassungsgesuch von Dichtel und Hilbert am 3. Mai 1947.

Die schwere Versorgungskrise veranlasst Leo Wohleb am 10. Mai 1947 den Rücktritt der Provisorischen Regierung zu erklären. Mit seinem Schreiben an Pène beschreibt der Staatspräsident mit klaren Worten die Ernährungsmisere seines Landes und nennt entscheidende Gründe hierfür: Die Herabsetzung der Entnahmen für die Ernährung der Besatzung durch Lieferungen von Fleisch wurde nicht gebilligt, die Zahl der zu ernährenden Zivilpersonen im Gefolge der Besatzungstruppen wurde nicht herabgesetzt, der Provisorischen Regierung wurde der Einfluss auf die Verwendung und Verteilung der Industrieproduktion und der daraus gelösten Devisenbeträge versagt. Darüber hinaus wurde es der Provisorischen Regierung untersagt, diesbezügliche Teile des staatlichen Haushaltsplanes dem Parlament bekanntzugeben. Vorschläge der Provisorischen Regierung zur Überwindung der Ernährungsnot wurden von der Militärregierung als undurchführbar abgelehnt, stattdessen wurden Regierungsmitglieder der Sabotage bezichtigt. Die Provisorische Regierung musste auf Anordnung der Militärregierung gefasste Beschlüsse ändern und Entscheidungen treffen, die nicht ihrem freien Willen entsprachen⁴⁵.

Der Inhalt der Rücktrittserklärung verdeutlicht die Widersprüchlichkeit zwischen den juristischen Vorgaben der Besatzungsmacht und ihrer Umsetzung in der Praxis⁴⁶.

Die einstimmig gefasste Rücktrittserklärung wurde von der Besatzungsmacht nicht angenommen. Ihr Text formuliert in klaren Worten den Standpunkt der einzelnen Fraktionen. Dies widerspricht dem gegen Wohleb erhobenen Vorwurf, mit der französischen Besatzungsmacht zu weich und nachgiebig umgegangen zu sein.

Die Ernährungssituation blieb noch lange prekär. Sie nimmt in den Parlamentsansprachen Wohlebs breiten Raum ein und zeigt spürbare Verbesserungen erst nach 1948. Noch am 23. April 1948 wird in der Zeitung „Die Freiheit“ behauptet, dass die Lebensmittelversorgung eines KZ-Häftlings in Buchenwald 1944–1945 mit einer täglichen Kalorienzahl von 1675 gegenüber den 805 Kalorien eines Durchschnittskonsumenten von 1947 lag⁴⁷.

DIE AUSEINANDERSETZUNG UM DEN AUFBAU EINES NEUEN SCHULSYSTEMS

Wohlebs Haltung gegenüber der Besatzungsmacht kommt weiter in der Auseinandersetzung um den Aufbau eines neuen Schulsystems zum Ausdruck.

Sich dem Aufbau der Schulen zu widmen, ihrer Organisation Sorge zu tragen und sie mit einem neuen sittlichen Geist zu erfüllen, waren die Motive, die Wohlebs Arbeit beim Aufbau der Verfassung begleitet haben: „Die Jugend ist in Ehrfurcht vor Gott, in der Liebe zu Volk und Heimat, im Geiste der Friedens- und Nächstenliebe und der Völkerverständigung zu sittlicher und politischer Verantwortung, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlicher demokratischer Staatsgesinnung zu erziehen“ (Art. 26 Badische Verfassung) Begabten Kindern unbemittelter Eltern ist der Besuch höherer Schulen aus öffentlichen Mitteln zu erleichtern. „Jeder junge Mensch hat seiner Begabung entsprechend ein Recht auf Bildung und die Pflicht zur Bildung“ (Art. 13 Badische Verfassung). Bereits 1945/46 zeigt Wohleb pädagogische Grundgedanken der Volksschul-erziehung auf, die der Ideenwelt Heinrich Pestalozzis sehr nahe stehen. Menschenbildung vollzieht sich für Wohleb wie für Pestalozzi im engeren Kreis und für beide gilt das Prinzip der Nähe als Ausgangspunkt zum Fernen. Je familienhafter sich das ganze Leben gestaltet, umso echter und sittlicher ist es. „Die neue Schule“, heißt es bei Wohleb, „muss eine Vorbereitung sein für die Volksgemeinschaft, die natürliche Menschenrechte wieder als Grundlage des friedlichen Zusammenlebens fordert, die sittliche Pflichten als Lebensnotwendigkeiten wieder in den Vordergrund stellt, die natürliches Selbstbewusstsein erzieht mit der gebotenen Achtung vor der Leistung anderer Völker (...), die neue Schule muss wieder Zeit haben, den Unterricht zum Erlebnis zu gestalten“⁴⁸.

Die Hoffnung der aus den Landtagswahlen vom 18. Mai 1947 legitim hervorgegangenen Regierung auf Kompetenzerweiterung hatte sich zunächst nicht erfüllt. Die Verordnung Nr. 95 vom 9. Juni 1947 überlässt der Militär-

regierung in allen Bildungsfragen die höchste Autorität. Am 1. Oktober 1947 wurde Leo Wohleb mitgeteilt: „Die Militärregierung hat die Pflicht, mit besonderer Sorgfalt über die Umerziehung des deutschen Volkes zu wachen. Diese ihr zufallende Aufgabe führt sie dazu, ihre Kontrolle hinsichtlich der Demokratisierung besonders auf dem Gebiete des Erziehungswesens auszuüben. Aber ihre Arbeit beschränkt sich nicht auf dieses Kontrollrecht. Die Militärregierung muss auch die Landesbehörden beraten, ihre Entscheidungen beeinflussen und jedes Mal, wenn sie ihr Einschreiten für notwendig erachtet, die Initiative ergreifen“⁴⁹.

In die Pflicht genommen sah sich Raimond Schmittlein, der Leiter der Direction de l'Education Publique, der mit einer Reform des Schulsystems den Durchbruch zur Demokratisierung in der französischen Besatzungszone anstrebte⁵⁰. Die Schule, so Schmittlein, habe die Aufgabe, „die Jugend zu befreien von den Ketten der Disziplin, die ihr Urteil zerstören, zu befreien von wagnerischen Alpträumen, die ihre Fantasie vergiften, der Jugend verständlich zu machen, dass ihr der Nationalsozialismus künstlich auferlegt wurde durch romantische Schriftsteller und preußische Militärs“⁵¹.

Mit einer veränderten Lehrerausbildung und einem reformierten Gymnasium sollte dieses Ziel erreicht werden. Bei beiden Reformen handelt es sich um die Übernahme der französischen Bildungs- und Erziehungspraxis. Während die Reform der Lehrerausbildung weitgehend den Vorstellungen Wohlebs entsprach, trat er bei der Reform der Gymnasien den Bestrebungen Schmittleins in wesentlichen Punkten entschieden entgegen:

Bei der Lehrerausbildung ging Schmittlein von dem Modell der „Normalschule“, der sog. „Ecole normale“ aus, die auf das Abitur verzichtete, einen erfolgreichen Volksschulabschluss verlangte, eine vierjährige Ausbildung an einem Pädagogium beinhaltete und sich am Lehrplan der höheren Schule orientierte. Daran schloss sich ein zweijähriges Studium an einer pädagogischen Akademie an⁵². Um die Kinder von Arbeiter- und Bauernfamilien zu fördern, sollte der Unterricht unentgeltlich sein⁵³. Die Normalschule mit Seminartradition

war in Baden nicht unbekannt. Sie greift zurück in das 18. und 19. Jahrhundert, und Leo Wohleb spricht ähnliche Gedanken bereits 1945/46 aus: „So sehr eine wissenschaftlich den Akademikern nahe kommende Ausbildung für den Volksschullehrer von Nutzen sein kann und konnte, war ich innerlich nie ganz von der Notwendigkeit dieser Ausbildung überzeugt. Wie viele hervorragende Lehrer der letzten Jahrzehnte hätten nicht Lehrer werden können, wenn das Studium gefordert worden wäre“⁵⁴. Damit schien die zukünftige Lehrerbildung, in der Schmittlein den Schlüssel für eine nachhaltige Umerziehung sah, festgeschrieben. Doch es ergaben sich erhebliche Probleme in der Frage der Konfessionalität der Anstalten. Regierung und Kirche wollten die konfessionelle Lehrerbildung, die Franzosen beharrten auf deren Nichtkonfessionalität⁵⁵. Im Rahmen eines lang anhaltenden Streites, in dem schon das Wort vom „Kulturkampf um die Lehrerbildung“ die Runde machte, nahm Wohleb eine Sonderstellung ein. In einer von Ministerialdirektor Fleig verfassten Schrift⁵⁶ heißt es, Wohleb habe in der ganzen „Frage von Anbeginn an die eine und gleiche Haltung eingenommen, dass er, soweit es die technischen Voraussetzungen gestatten, die badische Verfassung bezüglich der Lehrerbildung im vollen Sinn und Ausmaß“ nach Artikel 28 durchzuführen gedenke. Der Passus „überlieferter badischer Sinn“ bedeute gleichzeitig konfessionelle und simultane Ausbildung, worauf es im Ergebnis auch hinauslief⁵⁷. Wohleb hatte die Forderung seiner Partei nur ansatzweise erfüllt und sich als liberaler Schulpolitiker und Gegner einer prinzipiellen Konfessionalisierung in der Lehrerbildung durchgesetzt. Ob er sich mit seiner Haltung Nordbaden gegenüber keinen „klerikalen Anschein“ geben wollte⁵⁸, bleibt Spekulation. Kritiker räumen ihm gegenüber aber ein, in der Frage der Lehrerbildung der Opposition näher gestanden zu haben als der eigenen Partei⁵⁹.

Die Reform des Gymnasiums war Schmittleins zweites Projekt im Rahmen seiner Vorstellung von Rééducation. Sie orientierte sich wie das Projekt der Lehrerbildung ebenfalls am französischen Vorbild und war ausgerichtet auf die Bereiche der Pädagogik, der Umerziehung und der allgemeinen Gesellschaftspolitik⁶⁰.

Die Landesregierungen der Französischen Besatzungszone reagierten auf diese Reformvorschläge unterschiedlich. Während Württemberg-Hohenzollern auf Zeit spielte und Rheinland-Pfalz eine Annäherung der jeweiligen Positionen suchte, fühlte sich die badische Kultusverwaltung herausgefordert⁶¹. Verwunderlich war das nicht, bekleidete doch in Freiburg ein Pädagoge das höchste Staatsamt und noch dazu ein Altphilologe. Das folgende Schreiben Wohlebs an die Militärregierung aus dem Jahre 1947 ist Ausdruck seines kritischen und besonnenen Umgangs mit dieser.

„Die Landesregierung erkennt dankbar an, dass die Militärregierung das kulturelle Leben in weitgehendem Maß fördert. Die Militärregierung hat der Landesregierung die Anregung übermittelt, eine Reform des höheren Schulwesens vorzunehmen. Die Vorschläge der Militärregierung würden, falls sie in vollem Umfang verwirklicht werden, das ganze, an sich bewährte Schulsystem umwälzen und auf eine völlig neue Basis stellen. Bei aller Loyalität gegen die Militärregierung möchte die Landesregierung doch der Ansicht Ausdruck geben, dass so weitreichende Eingriffe in das Schulwesen, wie sie die Anregung der Militärregierung vorsehen, durch die Tatsache der bedingungslosen Kapitulation allein schwer begründet werden können, da hier weder die Sicherheit der Alliierten noch die Erziehung des deutschen Volkes zu Gedanken des Friedens und der Demokratie auf dem Spiele stehen. Das Schulwesen in Baden war immer demokratisch, der Zugang zur Höheren Schule stand jedem Kind offen, und seit Jahrzehnten rekrutierten sich die Schüler der Höheren Schulen aus allen Bevölkerungsschichten.“⁶²

In der 11. Sitzung der Landesregierung vom 30. Oktober 1947 bedauert Wohleb, „dass gerade in den Zeiten der Verwirrung mit der Schule Experimente gemacht werden, die der geordneten Unterrichtserteilung und der Erziehung der Jugend größte Einbuße bringen (...). In der Nazizeit gelang es, das humanistische Gymnasium zu erhalten, nun aber soll es endgültig zerschlagen werden“⁶³.

In einer Denkschrift über „Die soziale Gestaltung der Schule“ setzt sich das Badische

Ministerium des Kultus und Unterrichts mit der Schulreform auseinander⁶⁴. Paul Fleig⁶⁵ entwirft in ihr Gedanken über Fragen der Chancengleichheit, über Erfordernisse der Demokratisierung, über den Zeitpunkt des Schuleintritts in die weiterführende Schule und u. a. über den Zeitpunkt der Wahl der Fremdsprachen und den Zeitpunkt ihrer Gabelung. Es sind die Gedanken, die die deutsche Schulpolitik noch heute begleiten.

Die Denkschrift Fleigs ist Ausdruck der Ablehnung des französischen Reformvorschlags durch die Landesregierung. Sie konnte die Übernahme des zentralen Abiturs 1946/47 mit der Wertung nach Punkten nicht verhindern, wehrte sich nunmehr aber umso entschlossener gegen den Gedanken der Einheitschule. Die Zeit arbeitete dabei für die Regierung Wohleb. Schmittlein war nicht der alleinige Entscheidungsträger in Sachen Schulpolitik. Er hatte Widersacher in Paris, Rivalen in Baden-Baden und seine Anordnungen wurden nicht immer in den Kreisen und Gemeinden befolgt⁶⁶. Immer mehr Landesgouverneure meldeten sich als Fürsprecher deutscher Kritiker zu Wort⁶⁷. Besonderer Gegner der Schmittleinschen Reform war der Délégué Supérieur Pierre Pène, der die Kontrollratsempfehlung als nicht bindend und im Widerspruch zu Bidaults Richtlinien bestehend bezeichnete. Der Regierung Wohleb war damit ein Spielraum gegeben, den auszunutzen sie bereit war, indem sie selbständig und ohne Risiko Veränderungen in der Lehrerausbildung vornahm. Die Entwicklung der Außenpolitik und das Besatzungsstatut brachten das Aus für die französischen Reformpläne⁶⁸. Übrig geblieben waren das Zentralabitur und die Einführung des Französischen als erste Fremdsprache.

BADISCHE „AUSSENPOLITIK“ UND DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ANNÄHERUNG

Die Geschichte des deutsch-französischen Rapprochement nach 1945 ist eng mit dem Namen des badischen Staatspräsidenten verbunden. Den Grundstein erster „außenpolitischer“ Erfolge legte er mit seinen Verhandlungen 1948 und 1949 in Paris, die vor dem

Hintergrund der Neuorientierung Frankreichs zu sehen sind.

Frankreich war gegen Ende der Vierziger Jahre zu der Erkenntnis gekommen, „eher durch Ausgleich als durch Zwang seine eigene Sicherheit gegenüber Deutschland zu gewährleisten“⁶⁹.

Durch die politische Entwicklung in Europa wurde Frankreich klar, dass eine Politik der völligen Unabhängigkeit nicht mehr möglich war und die Franzosen begannen sich der angloamerikanischen Position zu nähern. Bidaults Reaktion auf die Londoner Empfehlungen macht dies deutlich: „Was wir jedoch nicht mit den anderen machen, das werden sie ohne uns tun. Es wird uns der Boden entzogen, und wir stehen mit leeren Händen da“⁷⁰. Dass die Entwicklung Deutschlands auf einen Weststaat hinauslief, konnte auch den Franzosen nicht verborgen bleiben; mit der sich abzeichnenden föderalen Struktur dieses Staates hatten sie aber immerhin ein „Kernziel“ ihrer Deutschlandpolitik erreicht⁷¹.

Erste Gedanken einer deutsch-französischen Schicksalsgemeinschaft reichen in die Vorkriegszeit. In einer Denkschrift der 4. Abteilung des Generalstabs aus dem Jahre 1945 heißt es, es gelte den Deutschen „nicht zur Verzweiflung zu treiben, sondern ihm vielmehr Wege zu öffnen, auf denen er hoffen kann, sich zu entfalten“⁷². Es werden Vorstellungen von einem künftigen Europa geboren, in dem alle Nationen einen Teil ihrer Souveränität abgäben⁷³. Emanuel Mounier, Herausgeber der linkskatholischen Zeitschrift „Esprit“, gründete 1948 ein „französisches Komitee für den Austausch mit dem neuen Deutschland“, in dem Frankreich sich für die Zukunft Deutschlands mitverantwortlich fühlte.⁷⁴ Im selben Jahr schreibt Wohleb in den „Nouvelles de France“: „Der Unionsgedanke allein kann uns in letzter Stunde retten. Die Sternstunde der Europäischen Union ist gekommen. Wir halten Ausschau nach Freunden, die mit Hand anlegen, und wir schauen mit besonderer Aufmerksamkeit nach dem großen Französischen Volk, mit dem uns eine enge Nachbarschaft verbindet, die für immer eine gute Nachbarschaft sein soll“⁷⁵.

Es gab allerdings auch andere Tendenzen französischer Besatzungspolitik, die nicht

übersehen werden dürfen. Sie ergaben sich aus der unterschiedlichen Ausgangsbedingung. Frankreich wurde erst verspätet als vollwertige Besatzungsmacht anerkannt, war auf diese Aufgabe weniger vorbereitet und entwickelte unterschiedliche Konzepte für die Besatzungszone⁷⁶.

Der Handlungsrahmen für die badische Landesregierung war durch die Verordnung Nr. 95 vom Juli 1947⁷⁷ abgesteckt und enthielt die Befugnisse aller Regierungen in der Französischen Zone. Die zahlreichen Einschränkungen regelte vor allem der Generalverbehalt in Art. 6, nach dem Gesetze und Verordnungen der deutschen Regierungen erst nach Genehmigung durch den französischen Oberbefehlshaber verkündet werden durften⁷⁸.

Bei einer solchen Rechtslage ist es erstaunlich, wenn Wohleb ein Jahr nach dem Inkrafttreten der Verordnung die außenpolitische Bühne betreten darf. Der Hinweis auf die historische Großwetterlage mit dem sich immer deutlicher abzeichnenden Kalten Krieg ist auch hier gerechtfertigt⁷⁹.

Ein solcher Schritt hatte auch vor der deutschen Öffentlichkeit Klärungsbedarf. Wohleb definierte seine Vorstellung von einer „badischen Außenpolitik“ bereits zum Jahresbeginn 1946: „Friedliches Zusammenleben mit unserem deutschen Nachbarn und ebenso großen Nachbarstaat Frankreich wie der angrenzenden Schweiz heißt „badische Außenpolitik“. Seit alten Zeiten bestehen die kulturellen Fäden. Jetzt gilt es, sie zu verstärken. Wir müssen in ganz anderer Weise zusammenkommen, als es noch heute der Fall ist“⁸⁰.

In der Regierungserklärung vom 5. August 1947 fällt der erwartungsvolle Satz, von Frankreich, „der Mutter der Volksrechte, Zugeständnisse auf dem schweren Weg der Schaffung einer Demokratie zu erhalten“⁸¹.

Richtungsweisend für die kommenden Monate war die Rede des für deutsche und französische Angelegenheiten zuständigen Staatssekretärs Pierre Schneiter am 25. Januar 1948 in Freiburg. Schneiters Rede und Wohlebs Antwort darauf widerspiegeln in zentralen Grundsatzfragen „erstaunliche Übereinstimmungen“⁸².

Schneiter verkündet die französische Absicht, der Badischen Regierung einen immer größer werdenden Anteil an der Verwaltung



Leo Wohleb mit Reg. Dir. Mayer

Stadtarchiv Kehl

zukommen zu lassen. Die materiellen Schwierigkeiten werden eingeräumt, aber man dürfe nicht vergessen, dass diese Schwierigkeiten die Erbschaft der Niederlage und „die Konsequenz der Zerstörung darstellen, die durch die verbrecherischen Unternehmen des Hitlerregimes entstanden sind.“ Mit der etappenweisen Übergabe der Befugnisse an die Landesregierung habe sich der Charakter der Besetzung geändert⁸³.

Schneiter erläutert dann die föderalistische Auffassung Frankreichs, die er nicht als „systematische Zerstückelung oder Schwächungspolitik, sondern als eine Lösung der Vernunft und der Weisheit“ verstanden haben möchte, die einem dezentralisierten Deutschland in einem sich wieder aufrichtenden Europa die Möglichkeit bietet, seine Bedürfnisse zu befriedigen und an der Beseitigung der angerichteten Schäden Anteil zu nehmen⁸⁴.

Wohleb, der eine weitgehende Übereinstimmung beider Regierungen in den großen politischen Fragen feststellt, spricht sich für

einen „föderalistischen Aufbau Deutschlands und für enge Beziehungen zu den westlichen Nachbarmächten, insbesondere zu Frankreich aus“ und wirbt für Vertrauen. Es gelte alle Anstrengungen zu unternehmen für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau des Landes und für die moralische Gesundung des Volkes⁸⁵.

Die Freiburger Gespräche mit Pierre Schneiter enden mit einer Einladung an den badischen Staatspräsidenten für die Zeit vom 26.–29. April 1948.

Wohleb hatte sich mit drei Denkschriften auf die Parisreise vorbereitet:

1. Über die Wünsche der Badischen Landesregierung in Bezug auf die allgemeine Politik und Verwaltung des Landes Baden
2. Über die Denazifizierung
3. Über die Behandlung des Kehler Hafens und der Stadt Kehl

Die in den Gravamina vorgelegten Fakten belegen bei aller Loyalität auch den Freimut des Staatspräsidenten. Mit klaren Worten spricht er die mangelhafte Ernährung und die daraus resultierende Unzufriedenheit der Bevölkerung an. „Während ein großer Teil der Bevölkerung tatsächlich hungerte, musste die Bevölkerung gleichzeitig sehen, dass die Organe und Angehörigen der Besatzung verhältnismäßig reichlich gut ernährt wurden, und zwar zum größten Teil aus den Erträgen des Landes.“ Besonnenheit und Kritik gegenüber der Besatzungsmacht kommen in der ersten Denkschrift zum Ausdruck: Verständnis für eine angemessene Ernährung der Besatzungsangehörigen, aber bei gleichzeitiger Verpflichtung, „für die Wohlfahrt der ihr unterworfenen Völker zu sorgen“, Verständnis für eine angemessene Unterbringung der Besatzungsmacht und ihrer Organe, aber bei Wahrung der Grenzen.⁸⁶

In der Denkschrift beklagt Wohleb, dass die Erfassungsmaßnahmen mit äußerster Strenge durchgeführt werden, dass ständig Kommissionen durch das Land reisen, um die Landwirte zu kontrollieren, dass diese zum Teil drakonisch durchgeführten Maßnahmen zum größten Teil der Besatzungsmacht zugute kommen, während ein großer Teil der Bevölkerung nach wie vor hungern muss. Wirt-

schaftliche Probleme werden angesprochen, die Holzbewirtschaftung und die Maschinenentnahme⁸⁷.

Diplomatisch formuliert Wohleb die Forderung der Trennung von Kontrolle und Verwaltung als Voraussetzung für einen Neuaufbau auf föderalistischer Grundlage. Die Badische Landesregierung habe die Autorität und Rechtmäßigkeit der Militärregierung nicht nur innerlich anerkannt, sondern dies auch in der Öffentlichkeit bekundet. Sie habe volles Verständnis dafür gehabt, dass diese Trennung während einer gewissen Übergangszeit nicht durchgeführt werden konnte. Sie habe diese Tatsache aber „als eine sehr starke Belastung ihrer Politik gegenüber der Bevölkerung empfunden, dass sie bis in die letzte Zeit unter einer Bevormundung stand, die die Unterschiede von Kontrolle und Verwaltung nahezu völlig verwischte“⁸⁸. Eine zu starke Aufsicht und Bevormundung erschwere die Arbeit der Regierung und beeinträchtige ihre Autorität, ohne die die Prinzipien der Demokratie nicht durchführbar seien.

Die zweite Denkschrift brachte die Wünsche der Badischen Regierung in der Denazifizierungsfrage zum Ausdruck. Sie beinhaltete eine Herabmilderung der Sühnemaßnahmen, die vor dem Erlass des Säuberungsgesetzes ergingen, die Verordnung Nr. 133 der Militärregierung durch weitere Ausführungsbestimmungen wirksamer zu gestalten und den Staatskommissar für die politische Säuberung zur Vermeidung unnötiger Härten größere Selbständigkeit einzuräumen⁸⁹.

Die dritte Denkschrift befasste sich mit der Stadt und dem Hafen von Kehl, die zu dieser Zeit immer noch von den Franzosen besetzt waren.

In seinem Bericht vor dem Badischen Landtag am 14. Mai 1948 kommt Wohleb zu einer positiven Bewertung seiner Parisreise. In den Fragen politischen und administrativen Charakters seien die Franzosen zu einer gewissen Zurückhaltung gegenüber den badischen Wünschen gezwungen gewesen. Verhandlungen der Westmächte über ein Besatzungsstatut könnten noch im Laufe des Jahres erlassen werden. Die Militärregierung müsse sich aber nach wie vor das Recht vorbehalten, gewisse Maßnahmen im Hinblick auf die Sicherheit Frankreichs anzuordnen. Bezüglich



Leo Wohleb mit Bürgermeister Friedrich Stephan aus Kehl (12. 7. 1945–30. 6. 1951)
Stadtarchiv Kehl

der Ernährung wurden Verbesserungen in Aussicht gestellt, doch könnten die Entnahmen für die Armee vorerst nicht wegfallen. Deutschland müsse sich in Folge der allgemeinen schwierigen Lage mit einem gewissen Übergangsregime abfinden.

Entrüstet reagierten die Abgeordneten auf die Mitteilung, dass Baden im Gegensatz zu anderen deutschen Ländern keine übergroße Zahl von Flüchtlingen beherberge, worin ein gewisser Ausgleich zu der starken Belegung mit Militärpersonen und Besatzungsangehörigen gesehen werden könne. Die Maschinenentnahme wurde von Staatssekretär Schneiter als eine Konsequenz des von Deutschland verschuldeten Krieges bezeichnet, die Holzentnahmen als Ersatz für die Verwüstung des französischen Waldes unter der deutschen Besatzung. Der Marshall-Plan ließe diesbezüglich eine Änderung zu Gunsten Deutschlands erhoffen.

Im weiteren Verlauf der Debatte erkannte der Landtag die Bemühungen der Regierung an, forderte sie aber zu weiteren Verhandlungen auf, um bessere Resultate zu erzielen⁹⁰.

Während Wohleb im atmosphärischen Gewinn der Reise einen wichtigen Fortschritt sieht, ist das Echo der Landtagsabgeordneten eher zurückhaltend und die über Rundfunk und Presse informierte Öffentlichkeit enttäuscht⁹¹.

Im Rahmen der sich abzeichnenden Wei- chenstellung für einen westdeutschen Bundes- staat schienen sich neue Hoffnungen für eine größere Selbständigkeit der Badischen Regie- rung aufzutun. In diese Hoffnung platzte die folgenschwere Note der Militärregierung vom 31. Juli 1948 über die Fortsetzung der Demon- tage badischer Fabriken, die Wirtschafts- minister Lais als Sprecher der Regierung vor dem Landtag zu einer bedeutenden und auf- sehererregenden Erklärung veranlasste: „Soll- te mit dieser Demontage auch noch ernst gemacht werden, dann bleibt uns, die wir der reinen Macht überantwortet sind, nichts übrig als der Appell an das öffentliche Gewissen der Welt, der Appell und die Berufung auf das ewige unveräußerliche Recht auch der Besieg- ten, ein Leben in menschlicher Würde und Freiheit führen zu dürfen ... Verlangt man von uns einen Beitrag zu einem europäischen Wiederaufbau – und wer wollte behaupten, dass der wirtschaftliche und der politische Wiederaufbau Europas ohne Deutschland möglich wäre – dann sollte man wissen, dass es nur *eine* Solidarität geben kann. Eine Soli- darität, in der einem Teil einseitig untragbare Opfer auferlegt werden, gibt es nicht. Auf das politische Klima wird es also wesentlich an- kommen, wenn Europa gesunden soll. Mit einem System einseitiger ewiger Servitute kann man keine neue Welt aufbauen“⁹².

Diesem Protest schloss sich der Landtag mit den Stimmen aller Fraktionen an. Am 26. August 1948 trat die Regierung zurück, blieb aber geschäftsführend im Amt. Am 22. Februar 1949 wurde die zweite Regierung Wohleb gebildet, die letzte des Landes bis zum Über- leitungsgesetz 1952.

Am 19. Mai 1949 trat Wohleb in Begleitung von Karl Person und Anton Dichtel seine zweite Parisreise an. Inzwischen hatte Robert Schuman die französische Außenpolitik über- nommen. Mit ihm spricht Wohleb über alle „schwebenden politischen Fragen (...) in aller Aufrichtigkeit und rücksichtsloser Offenheit“. In diesem vertrauensvollen Verhältnis, schreibt er nach seiner Rückkehr in Freiburg, sehe er „ein glückliches Unterpfand für alle deutsch- französischen Beziehungen, von denen der Schlüssel Europas abhängt“.⁹³ Schuman hatte diverse Diskussionen über eine beabsichtigte

Annektierung sowohl der Stadt Kehl als auch des Kehler Hafens durch Frankreich entschie- den dementiert. Beigetragen dazu hatte die Tatsache, dass die Engländer und Amerikaner im Rahmen der Besatzungsstatut-Konferenz eine gewisse Opposition gegen jeden Versuch Frankreichs zeigten, auf dem rechten Rhein- ufer Fuß zu fassen. Im April 1949 führte das veränderte außenpolitische Klima zu einem Abkommen, das die Räumung der Stadt durch Frankreich innerhalb von vier Jahren in Aus- sicht stellte. Das schwierige Hafenproblem sollte notfalls in einem Friedensvertrag geregelt werden. Die endgültige Räumung Kehls geschah 1953.

François-Poncet spricht in seinem Schrei- ben an Wohleb die Hoffnung aus, ein ähnlicher Geist der Konzilianz, der Vernunft und des guten Willens werde auch künftig die deutsch- französischen Beziehungen bestimmen: „Vous y avez contribué pour une part essentielle et d'une manière que vous fait le plus grand honneur.“⁹⁴

Anmerkungen

- * Mein besonderer Dank gilt Herrn Bernhard Adler, Pfarrer i. R./Hegne, Herrn Dr. Franz Götz, Kreis- archivar i. R./Singen sowie Herrn Dr. Jürgen Klöckler, Stadtarchivar/Konstanz für ihre wert- vollen Hinweise und Anregungen bei der Er- stellung dieser Arbeit.
- 1 André François-Poncet, geb. am 13. Juni 1887 in Provins (Seine et Marne), gest. am 8. Januar 1978 in Paris. Französischer Hoher Kommissar 1949 bis 1953, 1953 bis 1955 Botschafter in Berlin.
 - 2 Schwarzwälder Bote vom 26. Mai 1951. Vgl. auch Hermann Kopf, In Memoriam Leo Wohleb, in: Humanist und Politiker, Gedenkschrift zu seinem 80. Geburtstag am 2. September 1968 (Hg.: Maier, Hans/Weinacht, Paul-Ludwig), Heidelberg 1969.
 - 3 Badische Zeitung vom 5. Juli 1947.
 - 4 Erklärung nach der Wahl zum Staatspräsidenten am 24. Juni 1947.
 - 5 Eduard Lais schildert seine Bedenken, das ihm von Wohleb angetragene Amt eines Wirtschaftsminis- ters anzunehmen: „Es war damals nicht jeder- manns Sache, in der Rolle eines Ministers dem Verdacht ausgesetzt zu sein, ... ‚Handlanger der Besatzungsmacht zu spielen‘“. Eduard Lais, Streif- lichter auf das Wirtschaftsgeschehen im Lande Baden, in: Humanist und Politiker, S. 83.
 - 6 Staatsarchiv Freiburg, Nachlass Wohleb (im Fol- genden: StAF NL Wohleb) Nr. 93.
 - 7 Peter Fäßler, Badisch, Christlich und Sozial, Zur Geschichte der BCSV/CDU im französisch besetz- ten Land Baden (1945–1952), S. 14.

- 8 Frank R. Willis, *The French in Germany 1945–1947*, Stanford 1962, S. 190.
- 9 P. Fäßler, a. a. O., S. 75.
- 10 Jürgen Klöckler, *Der Traum vom Staat der Alemannen – Stammesföderalistische Neugliederungskonzepte nach 1945*, Freiburg 1995, in: *Alemannisches Jahrbuch* S. 540.
- 11 „Seine politische Einstellung vor 1931 scheint gegnerisch gewesen zu sein, da er noch im Jahre 1931 dem Zentrum beitrug und dessen Mitglied bis 1933 blieb. Aus dieser Einstellung heraus konnte Wohleb der NSDAP bei der Machtübernahme nicht beitreten, so dass er auch heute noch nicht Parteigenosse ist. Er bejaht heute wohl den nationalsozialistischen Staat, scheint dies aber lediglich aus Notwendigkeit und Klugheitsgründen zu tun. Der nationalsozialistischen Weltanschauung gegenüber zeigt er sich verstehend und freundlich, lehnt sie aber innerlich ab. Wohleb gehört heute noch dem katholischen Akademikerverband an, ist Kirchgänger und bezieht regelmäßig die katholische Zeitschrift „Der katholische Gedanke“. Seine charakteristische Haltung kommt mehr einer jesuitischen Gewissenheit gleich, ist oft kalt berechnend und zeigt sich nur bei wenigen Gelegenheiten offen und ohne Berechnung. (...) Im ganzen gesehen ist Wohleb eine starke Persönlichkeit, die es verstanden hat, den Lehrkörper seiner Schule unter seine Führung zu bringen. Sein Einfluß auf die gesamte Schule kann infolge seiner politischen und weltanschaulichen Haltung und Einstellung nicht als ungefährlich angesehen werden, so dass er im Gesamtbild nur als bedenklich beurteilt werden kann.“ Archives de l'Occupation Francaise en Allemagne et en Autriche, Dossier Bade (im Folgenden: AdO BADE) 1975.
- 12 Verhandlungen der beratenden Versammlung des Landes, 1. Sitzung, 22. November 1946.
- 13 Richtlinien der Militärregierung vom 13. Dezember 1946, StAF C 1/1 Nr. 412.
- 14 Gottfried Gollasch, „Wohlebs badische Außenpolitik. Sein Beitrag zur deutsch-französischen Annäherung“ in: *Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre* S. 202. Nach Gollasch wurde bis 1947 von 31 Anträgen für 9 die Genehmigung erteilt.
- 15 StAF C 5/1 Nr. 3127/1.
- 16 Ebenda.
- 17 StAF C 1/1 Nr. 317.
- 18 Unterpräfekt Gabriel Daty am 13. 12. 1946, StAF C 5/1 Nr. 642.
- 19 StAF NL Wohleb Nr. 125.
- 20 StAF NL Wohleb T1 I/1 Nr. 27.
- 21 Ebenda.
- 22 AdO BADE 302.
- 23 StAF C 5/1 Nr. 3468.
- 24 Schreiben der Délégation Supérieure de Bade vom 21. Mai 1948 in einer „Note pour Monsieur le Gouverneur“, AdO BADE 293 ohne Unterschrift.
- 25 „Je me permets de croire qu'il serait nécessaire qu'avec l'installation du Landtag, et l'application de la constitution, tous les services du Gouvernement Militaire admettent des discussions loyales avec les Badois, ce qui peu être fait, quitte à être extrêmement sévère, mais juste, en regard d'une mauvaise foi.
- Nous ne sommes plus en 1945, et il faut bien se rendre compte que le Landtag ne pourra pas être muselé et que nous ne pourrions pas empêcher certaines critiques qui peuvent être discutées et même réduites si l'on reste sur le terrain des faits mais qui s'envenimeront si l'on est sur le terrain des relations personnelles discourtoises“ (Schreiben der Délégation Supérieure de Bade vom 21. Mai 1948, a. a. O.).
- 26 Eduard Lais, a. a. O. S. 103.
- 27 StAF NL Wohleb I/1 Nr. 24.
- 28 Peter Fäßler, in: *Wolfrum/Fäßler/Grohnert: Krisenjahre und Aufbruchzeit*, München 1996, S. 216.
- 29 AdO BADE V 296.
- 30 Lagebericht für den Monat März 1947 des Badischen Ministeriums des Innern vom 25. Mai 1947.
- 31 Vgl. Peter Fäßler, a. a. O. S. 224.
- 32 StAF C 5/1 Nr. 928.
- 33 AdO BADE V 296; vgl. auch Martin Stingl, *Der „Kartoffelkrieg“: Das Verhältnis zwischen deutscher Landesverwaltung und Besatzungsmacht in (Süd-)Baden während der Ernährungskrise 1946/47*, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO)* Bd. 149, 2001 S. 486.
- 34 AdO BADE V 296.
- 35 Carl Diez, geboren am 8. 1. 1877 in Öhningen, gestorben am 24. 6. 1969 in Radolfzell, hatte sich durch seine unbescholtene Vergangenheit, durch sein mutiges Auftreten gegen den Nationalsozialismus und nicht zuletzt durch seine Fachkompetenz als Landwirt empfohlen (vgl. Reiner Haehling von Lanzenauer in: *Baden-Württembergische Biographien* Band III, Stuttgart 2002, S. 32–34).
- 36 StAF C 5/1 Nr. 5283/2; vgl. auch Martin Stingl, a. a. O. S. 447.
- 37 Vgl. Edgar Wolfrum, *Französische Besatzungspolitik in Deutschland unter alliierter Besatzung 1945/55*, hrsg. von Wolfgang Benz (Berlin 1999) S. 60–72.
- 38 StAF 5/1 Nr. 5283/2.
- 39 Martin Stingl, a. a. O. S. 480.
- 40 StAF NL Wohleb T I Nr. 53.
- 41 Ebenda.
- 42 vgl. Theodor Eschenburg, *Baden von 1945 bis 1951*, Was nicht in der Zeitung steht, Darmstadt 1951; ders. in: *Eine politische Landeskunde, Landeszentrale für politische Bildung*, Bd. 1 1952 S. 52; Eschenburg bezeichnet Wohleb darin als „kleinen Diktator unter französischer Herrschaft“.
- 43 Martin Stingl, a. a. O. S. 485: „Diez war ein Gegner einer eigenständigen badischen Parteigründung.“ vgl. auch Peter Fäßler, *Badisch, Christlich und Sozial, Zur Geschichte der BCSV/CDU im französisch besetzten Land Baden (1945–1952)*, S. 82–83.
- 44 Vgl. *Südkurier* vom 11. 5. 1947.
- 45 AdO BADE V. 296, Schreiben Wohlebs an Pène, 10. Mai 1947.
- 46 Am 4. Dezember 1946 hatte General Koenig den Provisorischen Regierungen das Recht übertragen, im Rahmen der Verordnungen vom 8. Oktober 1946 rechtskräftige Anordnungen zu treffen. Nach

- der Annahme der Verfassung vom 18. Mai 1947 sei ein neuer Abschnitt in der Errichtung eines demokratischen Regimes erfolgt. „Diese neue Abgrenzung der Vollmachten und der Zuständigkeit hebt die Wichtigkeit hervor, welche die französische Militärregierung den verfassungsmäßigen Behörden der Länder beimisst. Sie bezeugt das Vertrauen in das von ihnen durchzuführende Werk der Demokratisierung, welche diese Verfassungen ihnen zur Aufgabe gemacht haben.“ StAF C 5/1 Nr. 3127.
- 47 Roy Willis, a. a. O. S. 219.
- 48 StAF NL Wohleb T1 Nr. 127.
- 49 Zitiert nach Angelika Ruge-Schatz, a. a. O. S. 364.
- 50 Die Abteilung Education Publique gehörte zum Direktorat „Allgemeine Verwaltung“ unter Direktor Raimond Schmittlein. Schmittlein war ausgebildeter Germanist, mit einer Deutschen verheiratet und schon vor dem Krieg mit der Leitung des französischen Kulturinstituts in Riga betraut worden. Anfang 1945 erhielt er den Auftrag, Pläne für die Bildungspolitik einer möglichen französischen Besatzungszone auszuarbeiten. Vgl. Roy F. Willis, *The French in Germany 1945–1947*, Stanford 1962 S. 83–92; ebenso: Angelika Ruge-Schatz, *Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949*, Frankfurt 1977.
- 51 Rolf Winkler, *Das Scheitern einer Schulreform in der Besatzungszeit*, in: Manfred Heinemann (Hrsg.), *Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich*, Stuttgart 1981, S. 212.
- 52 *Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne. Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation*, Jg. 1 Nr. 29 (23. Juli 1946) S. 245.
- 53 Vgl. Edmond Vermeil, *Les Alliés et la rééducation des Allemands*, in: *Politique Etrangère* (1947), S. 599–622.
- 54 StAF NL Wohleb Nr. 127.
- 55 Wolfgang Schwark, *Die bildungspolitische Mitgift Badens zur Entwicklung von Schule und Lehrerbildung*, in: *Badens Mitgift, 50 Jahre Baden-Württemberg*, Stadtarchiv Freiburg i. Br. 2002 S. 149; Stefan Zauner, *Erziehung und Kulturmission – Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949*, München 1994, S. 78 ff.; Reinhard Grohnert in: *Krisenjahre und Aufbruchszeit*, München 1996, S. 189.
- 56 *Badisches Ministerium des Kultus und Unterrichts*, Nr. C. 22155 vom 1. 12. 1951.
- 57 Am 9. Oktober 1951 erließ das Kultusministerium eine Verwaltungsordnung, die vorsah, pädagogische Akademien einzurichten: in Freiburg für katholische Männer, in Gengenbach für katholische Frauen, in Lörrach für evangelische Männer und Frauen und in Waldkirch für simultane Ausbildung. Im selben Jahr änderte die Regierung ihr Vorhaben und schuf drei Akademien: Freiburg I (katholische Männer), Freiburg II (evangelische Männer), Gengenbach (katholische und evangelische Frauen).
- 58 Peter Fäßler, a. a. O. S. 179.
- 59 Ebd.
- 60 Vgl. Reinhard Grohnert, *Rééducation – Schule und Hochschule*, in: *Krisenjahre und Aufbruchszeit*, S. 190, Stefan Zauner, a. a. O. S. 144.
- 61 Vgl. Angelika Ruge-Schatz, *Die Anfänge der Schulverwaltung in der französischen Besatzungszone nach 1945*, in: Hansmartin Schwarzmeier (Hrsg.), *Landesgeschichte und Zeitgeschichte: Kriegsende und demokratischer Neubeginn am Oberrhein*, Karlsruhe 1980, S. 355–366. S. 365.
- 62 StAF NL Wohleb T1 Nr. 22.
- 63 StAF C 5/1 Nr. 6.728.
- 64 StAF C 5/1 Nr. 8728 *Badisches Ministerium des Kultus und Unterrichts*, Nr. B. 8116, 24. Nov. 1948.
- 65 Paul Fleig, geb. 6. 7. 1899 in Straßburg, gest. 1. 4. 1967 in Freiburg, war Ministerialdirektor und Kultusminister Wohlebs.
- 66 Jérôme Vaillant, *Einführung in die kulturellen Aspekte der französischen Besatzungspolitik zwischen 1945 und 1949* in: *Institut Francais de Stuttgart* (Hg.) S. 64.
- 67 Reinhard Grohnert, a. a. O. S. 191; Stefan Zauner, a. a. O. S. 102.
- 68 Edgar Wolfrums These von der „Fließbewegung“ einer sich ständig ändernden Kulturpolitik wird darin bestätigt.
- 69 Vgl. „Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949. Ergebnisse eines Kolloquiums des Institut Français de Stuttgart und des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg.“ 1986, hierin: Renate Fritsch-Bournazel, *Die Wende der französischen Nachkriegspolitik 1945–49*, S. 7.
- 70 Renate Fritsch-Bournazel, a. a. O. S. 11.
- 71 Vgl. Edgar Wolfrum, *Französische Besatzungspolitik*, in: *„Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–49/55“*, herausgegeben von Walter Benz, Berlin 1999, S. 71.
- 72 Renate Fritsch-Bournazel, a. a. O. S. 12.
- 73 Ebd.
- 74 Hans-Martin Gauger, *Badens Beitrag zur deutsch-französischen Verständigung*, in: *Badens Mitgift, 50 Jahre Baden-Württemberg*, Stadtarchiv Freiburg i. Br. 2002, S. 164.
- 75 Leo Wohleb, „Was ist Europa?“, in: Leo Wohleb 1888–1955 vom 10. Todestag am 12. März 1965, zusammengestellt von Maria Wohleb, Karlsruhe 1965, S. 44.
- 76 Über die Konzepte der französischen Deutschlandpolitik vgl. Wilfried Loth, *Die Franzosen und die deutsche Frage*, in: *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949* (Hrsg. Claus Scharf und Hans-Jürgen Schröder) Wiesbaden 1983, S. 27–49 Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, Darmstadt 1966, S. 182–193 Gilbert Ziebura, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Pfullingen 1970, S. 32–40.
- 77 StAF C 5/1 Nr. 3127.
- 78 Eberhard Konstanzer, *Weisungen der französischen Militärregierung 1946–1949*, in: *Vierteljahresshette für Zeitgeschichte*, Jg. 18 (H. 2, April 1970), S. 204–236.
- 79 Zur Reaktion Frankreichs auf den Ausbruch des Ost-West-Konfliktes vgl. Klaus Hänsch, *Frankreich zwischen Ost und West*, Berlin–New York 1972, S. 26–39; Gilbert Ziebura, a. a. O. S. 31.

- 80 StAF NL Wohleb T 1 I/1 Nr. 24 Rede vor den Delegierten der Landesversammlung der BCSV am 24. Februar 1946.
- 81 Regierungserklärung vom 5. August 1947.
- 82 Gottfried Gollasch: Wohlebs badische Außenpolitik. Sein Beitrag zur deutsch-französischen Annäherung in: Paul-Ludwig Weinacht (Hg.) Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre, Sigmaringendorf 1988, S. 205.
- 83 StAF C 5/1 Nr. 5670.
- 84 Badische Zeitung vom 18. Januar 1948.
- 85 StAF C 5/1 Nr. 6570.
- 86 Wohleb geht auf die verhältnismäßig starke Belegung des Landes mit Besatzungssoldaten ein. Auf schätzungsweise 1,5 Millionen Einwohner kämen rund 100 000 Franzosen. Demgegenüber habe Bayern mit rund 9 Millionen Einwohnern rund 3000 amerikanische Offiziere und Beamte und rund 30 000 Mannschaften.
- 87 „Die Betriebe arbeiten vorwiegend, wenn nicht ausschließlich, für die Zwecke der Besatzungsmacht. Die Badische Landesregierung war bisher nicht in der Lage, irgend ein wesentliches Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Ausfuhrpolitik, der Verwendung der Exporterlöse und eines systematischen Rohstoffbezuges ausüben zu können.“ Der Aufbau einer gesunden Volkswirtschaft sei aus diesem Grunde nicht möglich. Von der Holzwirtschaft seien Millionen Kubikmeter entnommen und veräußert worden. Die Devisen, die aus diesem Erlös angefallen sind, hätten voraussichtlich genügt, um die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffimporte zu decken und noch außerdem Reparationen zu leisten. Die zahlreichen Demontagen würden die Durchführung des Marshall-Plans nicht möglich machen. Wohleb, Gravamina vom 20. April 1948.
- 88 Leo Wohleb am 5. Juli 1948, Verhandlungen der Beratenden Landesversammlung, Sitzungsprotokoll S. 2.
- 89 Vgl. auch Wohlebs Erklärung vor dem Landtag am 12. Mai 1948. Die systematische Entnazifizierung begann unter Laffon nach dem Modell der auto-épuration. Im Gegensatz zur amerikanischen Zone, in der man zu einem Rundumschlag gegen ehemalige Parteimitglieder der NSDAP ausgeht hatte, plädierte der Generalverwalter für ein differenziertes Vorgehen bei der politischen Säuberung. Danach sollten nicht alle Deutschen in einen Topf geworfen und außerdem an dem Prozess der Säuberung selbst beteiligt werden. Zu diesem Zweck wurden sogenannte „Reinigungskommissionen“ gegründet, die die Freiheit hatten, sich Erkundigungen einzuholen und Sanktionen vorzuschlagen. Diese reichten von „Erhaltung im Amt bis zur Entlassung“. Vgl. Reinhard Grohnert, Entnazifizierung, Selbstmitleid und Umgang mit der NS-Vergangenheit, in: Krisenjahre und Aufbruchszeit, München 1996; ebenso Ursula Huggle, Rückschritt oder Aufbruch? Lebenswirklichkeiten in der Nachkriegszeit: Freiburg in den ersten Jahren nach 1945, in: Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins „Schauinsland“ 120. Jahreshft 2001, S. 229–233. Das Prinzip der Selbstreinigung scheiterte an der Realität. Viele versuchten, ihre nazistische Vergangenheit zu leugnen. Entlassungen und Pensionierungen wurden nicht durchgeführt. Der Kalte Krieg brachte auch hier eine neue Situation.
- 90 Man forderte eine Erweiterung der Kompetenzen der Landesregierung, die Aufstellung eines Besatzungsstatuts und für den Landtag die Möglichkeit, seine in der Verfassung festgelegten Rechte auszuüben. Erforderlich sei auch eine Mitarbeit an Ein- und Ausfuhr, eine wesentliche Erhöhung des deutschen Anteils an der Produktion und eine Reduzierung der Holzanschläge. Die Frage der politischen Säuberung und der Internierung müsse durch großzügige Auslegung der Gesetze und durch Erweiterung der Amnestie zum Abschluss gebracht werden; es müssten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die wirklich Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden könnten. Die in Aussicht genommene Verbesserung der Ernährung und die vom 1. Juni an vorgesehene Viehentnahme sei eine beginnende, aber nicht ausreichende Erleichterung. Es werden weitere Verhandlungen gefordert. Vgl. Badische Zeitung vom 15. Mai 1948.
- 91 Siehe auch AdO BADE 301.
- 92 Paul-Ludwig Weinacht in: Badische Geschichte, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg 1987, S. 224.
- 93 StAF C 5/1 Nr. 5670, Schreiben Leo Wohlebs an Robert Schuman am 25. Mai 1949.
- 94 StAF C 5/1 Nr. 6799; vgl. auch Gottfried Gollasch, Wohlebs Badische Außenpolitik in: Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre (Hg.: Paul-Ludwig Weinacht), Sigmaringendorf 1988, S. 209.



Anschrift des Autors:
Hans Zimmermann
Zwischen Wegen 13
78247 Hilzingen